

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/KXIII/180

Bad Godesberg, den 20 September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Träumt der Bundesbürger ?

44

Der Stoph-Brief und sein Echo

Y A N E S O U

34

Die Wahl des rumänischen Außenministers  
zum Präsidenten der UNO-Vollversammlung

5 In Niedersachsen: Mehrzahl berechnet Steuern selbst

54

Selbstberechnung der Einkommenssteuer hat sich bewährt

4 - 6

Bremen wählt bedächtig

14

Eindrücke vom Wahlkampf in der Freien Hansestadt

Von Karl Grobe

\* \* \*

## Träumt der Bundesbürger ?

---

### Der Stoph-Brief und sein Echo

sp - Vor Jahren hat einer mal gesagt: "Deutschland erwache!" Heute ruft ein Boulevard-Blatt mit Millionenaufgabe seiner Lesern zu: "Träumt nicht!" - Gemeint sind die Deutschen, die trotz der in dem Stoph-Brief an Bundeskanzler Kiesinger enthaltenen Angriffe auf die Bundesrepublik meinen, man sollte am Ball bleiben. Den Lesern besagten Massenblattes wird suggeriert, die Bundesregierung müsse aufhören, nach Möglichkeiten eines Gesprächs mit dem anderen Teil Deutschlands zu suchen.

Nehmen wir an, die Bundesregierung würde diesem Rat folgen. Das Ergebnis wäre ein Jubelgeschrei in Ostberlin - und nicht nur dort! - mit dem Tenor "Wir haben es ja immer gewußt, in Bonn will man nicht". Und dann würde das seit nunmehr fast zwanzig Jahren völlig sinnlose Geschimpfe über Zonengrenze und Stacheldraht weitergehen. Sicher sehr zur Freude aller jener, die brennend daran interessiert sind, daß es beim Status quo der Teilung Deutschlands und Europas bleibt und die sich nichts Schöneres vorstellen können, als noch viele Jahre im wohlbehüteten Teil Deutschlands mit Gartenzwergen und anderen Dekorationsfiguren weiterleben zu dürfen.

Aber gemacht! Auch im anderen Teil Deutschlands gibt es Leute, die mit dem Zustand der Teilung sehr zufrieden sind. Sie haben sich mehr oder weniger komfortabel eingerichtet und verabscheuen nichts so sehr, als aus ihrer von Stacheldraht und Vopos behüteten Ruhe aufgeschauelt zu werden.

Die ganze Geschichte, um die es jetzt wieder einmal geht, ist also ein Remis.

Nun gibt es sicher nur wenige Bundesbürger, die den Stoph-Brief als der Weisheit letzten Schluß betrachten. So träumerisch veranlagt sind die Bürger der Bundesrepublik nun auch nicht. Wenn sie aber trotzdem meinen, man sollte den Brief nicht in den Papierkorb werfen, sondern beantworten, dann deswegen, weil sie sich schon seit langem darüber Gedanken machen, wie weit oder wie wenig weit wir mit früheren Methoden bei Versuchen zur Lösung unserer nationalen Probleme gekommen sind. Erst hat man ihnen erzählt, mit Hilfe einer Politik der militärischen Stärke werde eines Tages alles ins Lot kommen. Als die anderen auch immer stärker wurden, verzichtete man ganz auf Politik und vergrub sich in den Schützengräben des Kalten Krieges. Die neue Bundesregierung will endlich etwas in Bewegung bringen, sie will raus aus den Schützengräben. Das ist gewiß nicht einfach, denn was in fast zwanzig Jahren nicht erreicht wurde, kann nicht in einigen Monaten erreicht werden.

Man soll aber endlich aufhören, die freien Bürger der Bundesrepublik für dumm verkaufen zu wollen. Sie sind wach, träumen nicht und haben nicht nötig, daß man ihnen das "Deutschland erwache!" auf Umwegen in Erinnerung bringt.

M A N E S C U

Die Wahl des rumänischen Außenministers  
zum Präsidenten der UNO-Vollversammlung

sp - Zum erstenmal seit Bestehen der UNO wurde dieser Tage der Außenminister eines kommunistisch regierten Staates zum Präsidenten der Vollversammlung gewählt. Es ist der rumänische Außenminister M a n e s c u, der als einziger Bewerber für dieses ehrenvolle Amt aufgetreten war. Seine Wahl erfolgte fast einstimmig.

Die Wahl des rumänischen Außenministers stellt einen Einschnitt in der Geschichte der UNO dar. Noch vor wenigen Jahren wäre es undenkbar gewesen, daß ein Kommunist auch mit den Stimmen der Vertreter fast aller nichtkommunistischen Staaten Präsident der UNO-Vollversammlung geworden wäre. Ein heute noch bedeutender amerikanischer Politiker sagte einmal Anfang der sechziger Jahre, wenn eines Tages ein Kommunist dieses hohe Amt einnehmen sollte, würde die UNO aufgehört haben zu existieren. So ändern sich die Zeiten...

Hier und dort wird es heißen, Manescu sei ein Ausnahmefall. Man soll sich nicht täuschen. Bei aller Beweglichkeit des rumänischen Außenministers ist und bleibt er Kommunist. Er hat das auch gleich in seiner Antrittsrede deutlich gemacht, indem er sagte, er betrachte seine Wahl als Beweis dafür, daß heute kaum noch etwas in der Welt vernünftig geregelt werden könne, ohne daß die Vertreter sozialistischer Staaten hierbei mitwirkten.

In der Bundesrepublik Deutschland darf man die Wahl Manescus zum Präsidenten der UNO-Vollversammlung und besonders das starke Vertrauensvotum, das man fast einstimmig dem rumänischen Außenminister entgegenbrachte, durchaus positiv bewerten. Manescu hat schon oft bewiesen, daß er und die von ihm vertretene Regierung Außenpolitik nicht mit ideologischen Vorbehalten belasten, sondern pragmatisch an die Lösung internationaler Probleme herangehen. Auch in seiner Antrittsrede hat Manescu einige Hinweise auf ein solches Verhalten gegeben.

Sicher darf man sich keine Illusionen darüber machen, daß ein Mann wie Manescu vielleicht grundsätzlich einander widersprechende Tendenzen der internationalen Politik gleich auf einen Nenner bringen könnte. Aber doch bleibt es beruhigend zu wissen, daß der rumänische Außenminister oft genug gezeigt hat, wie geschickt er vermeintliche Abgründe zu überbrücken versteht.

## In Niedersachsen: Mehrzahl berechnet Steuer selbst

### Selbstberechnung der Einkommensteuer hat sich bewährt

so - Alle Finanzverwaltungen sehen sich gezwungen, der wachsenden Arbeitsbelastung der Finanzämter wirksam zu begegnen. Möglichkeiten sind vor allem gegeben, in der Vereinfachung, Rationalisierung und Modernisierung des Verwaltungsablaufs. In mehreren Bundesländern wurde z.B. nach einem vom Bundesfinanzministerium gesteuerten Plan Versuche mit Großrechenanlagen eingeleitet, in die auch die Einkommensteuerveranlagung einbezogen wurde.

Die Finanzverwaltung des Landes Niedersachsen sah und sieht ein geeignetes Mittel zur Vereinfachung des bereits seit rund 40 Jahren unverändert praktizierten Veranlagungsverfahrens in der Selbstveranlagung durch den Steuerpflichtigen. Dieses Verfahren läßt sich nur einführen, wenn die Mehrzahl der Steuerzahler in der Lage ist, die nach dem erklärten Einkommen sich ergebende Einkommensteuer selbst zu berechnen. Um dies feststellen zu können, hat Niedersachsen 1960 mit der freiwilligen Selbstberechnung der Einkommensteuer versuchsweise begonnen. Während sich der Versuch bei der Veranlagung für 1960 und 1961 auf zwei Finanzämter erstreckte, wurde er für 1962 auf sieben Finanzämter, für 1963 auf zehn Finanzämter, für 1964 auf 36 Finanzämter und bei der Veranlagung für 1965 schließlich auf sämtliche Finanzämter des Landes ausgedehnt.

Die Ergebnisse der abgeschlossenen Einkommensteuerverhandlungen für 1960 bis 1964 liegen jetzt vor. Danach haben von den Steuerpflichtigen, die einen Erklärungsvordruck mit Selbstberechnung erhalten haben, etwa 80 Prozent ihre Einkommensteuer selbst berechnet. Die Selbstberechnungen waren zu etwa 50 bis 60 Prozent fehlerlos. Die fehlerhaften Selbstberechnungen enthalten zu einem großen Teil nur unbedeutende Fehler, die bei längerer Erprobungszeit in der Regel nicht mehr vorkommen würden. Die Selbstberechnungen sind etwa zu 50 bis 60 Prozent von Angehörigen der steuerberatenden Berufe vorgenommen worden, die im allgemeinen auch früher schon die Steuer für ihre Mandanten selbst berechnet hatten. Durch die zweckmäßige Gestaltung der Erklärungsvordrucke ist ihnen dies wesentlich erleichtert worden. Eine ins Gewicht fallende Mehrbelastung ist deshalb für diesen Personenkreis nicht eingetreten. Auch die Beteiligung der steuerlich nicht beratenen Steuerpflichtigen am Selbstberechnungsverfahren ist unerwartet hoch.

Das neue Verfahren hat für den Steuerzahler den Vorteil, daß er den Einkommensteuerbescheid nicht mehr kritisch durchzusehen und zu überlegen braucht, ob ein Rechtsmittel einzulegen ist. Er hat auch die Gewißheit, daß er keine der gesetzlichen Möglichkeiten, Steuern zu sparen, übersehen hat, weil die amtlichen Vordrucke alle entsprechenden Hinweise enthalten. Überzahlte Einkommensteuer kann schnell erstattet werden. Eine Abschlußzahlung ist nicht gleich bei Abgabe der Steuererklärung zu entrichten. Der Steuerzahler kann jedoch bei seinen finanziellen Planungen die zu erwartende Belastung rechtzeitig berücksichtigen. Die Steuerschuld wird in jedem Fall durch einen besonderen Steuerbescheid festgesetzt, in dem auch die Fälligkeit einer etwaigen Abschlußzahlung mitgeteilt wird. - Das neue Verfahren hat, wie Finanzminister Kubel (SPD) feststellte, auch bereits zu einer gewissen Arbeitsentlastung der Finanzämter geführt. Um zu der erstrebten weiteren Rationalisierung zu kommen, wird jetzt geprüft, ob das Selbstberechnungsverfahren, das der Selbstveranlagung angenähert werden müßte, mit einem maschinellen Veranlagungsverfahren gekoppelt werden kann.

Bremen wählt bedächtig

Eindrücke vom Wahlkampf in der Freien Hansestadt

Von Karl Grobe

Bremen wählt am 1. Oktober sein Parlament, die Bürgerschaft. Am Hauptbahnhof der Freien Hansestadt stolpert man über einen Satz Bankklotze. Sie sind jeder etwa einen Kubikmeter groß, scheinen locker gestapelt, zum Teil gar in der Luft zu hängen. Dann sieht man genauer: Es sind Reklameflächen. Da ist das Rathaus abgebildet, da findet man Neubauten im Foto, schließlich auch Buchstaben. "Vertrauen zu Bremen", liest man. Und: "Liste 1, SPD". Kein Zweifel mehr, es ist Wahlkampf in der tausendjährigen Stadt. Einige Kraftwagenbesitzer weisen von sich aus noch darauf hin. In ihren Rückfenstern findet man Zulassungsschilder aus starkem Karton. Sie zeigen dasselbe Zulassungszeichen: HB = SPD. Darf in Bremen nur die Sozialdemokratie auf den Platz hinterm Lenkrad?

Die Bremer scheinen das nur zu einem gewissen Teil zu glauben. Zumal dann, wenn sie Freie Demokraten sind. Denn diese Partei, Nachfahrin der einstigen Bremer Demokratischen Volkspartei, ruft auf ihren Stellwänden dazu auf, "die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten zu brechen". Das klingt wie der noch nachhallende Sturm auf die roten Rathäuser Hessens; die FDP, sagt sich der unbefangene Zuschauer, will also auch mal hinein. Nur: Sie ist schon drin; sie hat zuletzt drei Landesminister gestellt, die an der Weser Senatoren heißen.

Nach allem, was man erfahren kann, hat die FDP sich nun aber auf die SPD, ihren Partner in allen Senaten seit Kriegsende eingeschossen. Die Aussichten dieser Strategie sind nicht leicht abzuwägen. Immerhin ist die FDP auch in Bremen, wie üblich, um ein klares Profil verlegen. "Was sollen sie auch machen", meint Innensenator Hans Koschnik. "Die Wähler kennen ja keinen von denen, und ihren wichtigsten Mann, Hafensenator Borttscheller, halten fast alle für einen Sozialdemokraten..." Ob dieser Wahlkampf, der mit waschnittelblauen Flaggen auf riesigen Stellwänden und dem erwähnten Spruch gegen den eigenen Partner geführt wird, die Unterschiede deutlicher macht?

Es gibt viele in Bremen, die gerade diese Wendung in der liberalen Politik für unfair halten. Den Anwurf gegen den Regierungspartner, er spiele foul, dementiert auch Innensenator Koschnik nicht. Aber er fügt sofort hinzu: "In der Landesregierung läßt sich sehr gut, sehr sachlich mit ihnen arbeiten."

\* \* \*

Ginge es vielleicht - nach Bonner Muster - an der Weser auch mit der CDU? Wen man auch fragt von Bremens prominentesten Sozialdemokraten, sie alle lehnen diese Möglichkeit ab. "Die CDU beweist ja selbst, daß sie die schlechteste CDU ist, die es in Bremen je gegeben hat", sagt SPD-Fraktionsführer Richard Boljahn. "Die einzige Persönlichkeit, die sie aufzuweisen hatten, Kolterius von der Handelskammer, hat es abgelehnt, wieder für die Bürgerschaft zu kandidieren."

Noch andere wollen hinein; die DFU zum Beispiel. Auf ihrer Liste findet man vor allem aus früheren Bürgerschaften vertraute Namen wieder. Einst sprachen sie im Rathaus für die KPD, so Hermann Gautier, der Spitzreiter, so auch Maria Krüger, die etwas weiter hinten Platz bekommen hat. Dieser Liste geben Meinungsumfragen kaum Chancen.

Schlechter dürfte wohl nur noch eine merkwürdige Partei abschneiden die unter der Bezeichnung DP kandidiert. Ihr Listen-Führer ist der Betonmischer Thielen, eigentlich Vorsitzender der NVP, der Mann, der aus der NPD hinausgeworfen wurde. In Bremen hat er sich hinter dem Namen DP aufstellen lassen, zusammen mit sieben anderen Bewerbern seiner Farbe, um eine Vorschrift des Wahlgesetzes zu umgehen: Die DP war schon in der alten Bürgerschaft vertreten. Für Partei-Listen, die nicht neu hineinwollen ins neue Haus der Bürgerschaft, sondern nur um den Verbleib in der Liga kämpften, müssen nicht neue Unterschriften gesammelt werden. Thielen weiß, daß er für die NVP die geforderte Zahl nicht zusammengebracht hätte; also tat er, als setze er die Tradition der einst in Bremen sehr starken DP fort.

Doch seine früheren DP-Fraktionskollegen haben sich um die Fahnen Thaddens geschart; sie kandidieren als NPD, als die neue Partei von rechtsaußen also.

Damit, daß man der NPD den Einzug ins Landesparlament kaum verwehren wird, hat man sich abgefunden. Besonders in der nördlichen Schwesterstadt Bremens, in Bremerhaven, hat eine Partei dieser Couleur schon immer ein beträchtliches Wähler-Reservoir gehabt. Die DRP kam einmal auf 7,7 Prozent der Wählerstimmen, und der Rechts-Anteil überstieg noch jahrelang den der bürgerlichen Mitte. Noch 1959 war die "konservative Rechte", wie die DP sich nannte, ebenso stark wie die CDU; beide kamen auf knapp 15 Prozent. Später ist dann der größere Teil der Rechts-Abgeordneten abgewandert, in der Mehrheit zur CDU. Diese steht in Bremen gerade so weit rechts von der Mitte, daß der Schritt von ganz rechts zu ihr gar nicht so schwierig sein konnte.

\* \* \*

Heinrich Landwehr, ein Politiker, der schon vor 1933 in Bremen eine Rolle spielte, organisiert jetzt den SPD-Wahlkampf. Seine Prognose für die Wahl: "Wir werden vielleicht einige Stimmen verlieren, die Protestwähler; für diese Gruppe gehört die SPD jetzt ja zu 'denen in Bonn'. Aber wir haben so viel vorzuweisen, daß wir uns trotzdem behaupten werden. Und schließlich ist die CDU für Bremen keine Alternative; Bremen ist anders als Bonn".

Damit greift der Wahlkampf-Organisator ein Stichwort auf, das Willy Brandt, der Vizekanzler und SPD-Vorsitzende, zu Beginn der Kampagne auf einem Landesparteitag ausgegeben hatte.

Aus den Worten des SPD-Fraktionsvorsitzenden Richard Boljahn strömt Zuversicht. "Wir behalten die absolute Mehrheit. Allerdings wird die FDP zu kämpfen haben. Wenn sie Abgeordnete verlieren sollte, geht es auch um einen Platz im Senat. Können wir einer Partei, wenn sie weniger als die acht Abgeordneten von jetzt durchbringt, tatsächlich wieder drei Plätze in der Regierung anbieten? Ich glaube das nicht."

\* \* \*

Worauf stützt die SPD ihre Zuversicht? Zu einem Teil auf die Leistungen der vergangenen zwei Jahrzehnte.

Ein Beispiel, das im Bund stark beachtet wird, ist der Wohnungsbau. Als der Krieg zu Ende ging, gab es in der Freien Hansestadt noch rund 80 000 Wohnungen. 180 000 sind seither dazugekommen; von denen wiederum 65 000 vom Staat gefördert wurden. Geschlossene Satellitenstädte - wie die Neue Vahr, die Gartenstadt Vahr, die Gartenstadt Süd, das Marfelder Feld - aber auch der Wiederaufbau im völlig zerstörten Westen der Stadt haben Maßstäbe gesetzt.

Einen beträchtlichen Anteil daran hat die zur Neue-Heimat-Gruppe gehörende Gewoba. Sie hat rund 33 000 Mietwohnungen und fast 3 000 Eigenheime gebaut, dazu über 350 Gewerbeobjekte vom Supermarkt bis zur Arztpraxis. Fünf Volksschulen in Bremen, eine in Bremerhaven, dazu ein ganzes Krankenhaus (es wird demnächst, das heißt bis zum Jahresende, fertig werden und die Bremer Zahl an Krankenbetten um ein Zehntel erhöhen), Erweiterungsbauten an anderen Krankenhäusern, Altenheimen, Kindergärten und Kindertagesstätten stehen auf dem Erfolgsschild der Gewoba; schließlich auch ein Hallenbad - ein Geschenk an die Bürger der Neue-Vahr.

Das wiederum ruft Kritik von rechts auf den Plan. Die (ehemalige) DP sprach von der Neuen Vahr als den "Zeugen Gewobas", und sie tat, als handele es sich um einen gigantischen Konzern. Doch dabei übersähen die Kritiker eins: Die Mieten, die von dieser Gesellschaft kassiert werden, sind konkurrenzlos niedrig. Etwas verschämt sagt man im Verwaltungshaus an Rembertiring: "Wir verlangen tatsächlich schon bis zu drei Mark pro Quadratmeter..."

Dem Besucher aus Bonn klingt es wie ein Märchen: Nur drei Mark? In Neubauten? Doch es ist so. Der Durchschnitt liegt sogar nur wenig über zwei Mark; nur was inzwischen durch höhere Baukosten teurer gebaut wurde, muß - nach bremischen Maßstäben - so teuer vermietet werden.

\* \* \*

Indessen ruht sich niemand auf den Lorbeeren von gestern aus; neue Satellitenstädte werden geplant, vor zwei Wochen erst war Richtfest in Blockdiek (hinter der Neuen Vahr), und die Planungen gehen weiter. Auch im Straßenbau übrigens. An Ostrand der Innenstadt entsteht eine vierte Weserbrücke (1947 im Frühjahr gab es nach Kriegsschäden und Hochwasser keine einzige); die Zufahrten zur Bundesautobahn werden ausgebaut, zum Teil als Hochstraßen; in der City werden Kreuzungen entwirrt und neue Straßenzüge angelegt.

Diese Bautätigkeit hat - neben anderem - dafür gesorgt, daß Bremen nicht in die "Talschle" rutschte. Die Stadt hat keine "Stabilisierungsrufen", aus Geldmangel eingestellte Bauvorhaben; sie hat im Bundesgebiet die geringste Arbeitslosenquote und die geringste Pro-Kopf-Verschuldung. Zugleich schafft sie die Voraussetzungen für die Zukunft. Die neuen Hafenanlagen links der Weser sind für den Containerverkehr mit standardisierter Verpackung eingerichtet.

\* \* \*

Die Stadt von morgen, 750 000 bis 800 000 Einwohner groß, richtet sich schon heute ein. Diese Stadt wird auch ihre Universität haben; der Streit nach dem Rücktritt des Gründungsausschusses ist fast schon vergessen. Im Wahlkampf spielt weniger der Streit von gestern eine Rolle, als die Zuversicht, daß die Universität gebaut wird. Vieles andere muß noch angepackt werden; die Regierungsparteien sind sich der Aufgaben bewußt. Grund für einen Wechsel im Senat ist also nicht vorhanden. Um der Zukunft willen wird die Stadt, bremisch bedächtig, den bewährten Kräften der vergangenen zwei Jahrzehnte vertrauen.

+ + +